



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

9. Sitzung vom 24. August 2009

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 - 21.55 Uhr

Leitung: M. Ziegler

Anwesend: 37 Mitglieder

Abwesend: F. Dietiker, U. Kunz, G. Löhr Vanoncini

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 8. Sitzung vom 22.6.2009 ist genehmigt.

Präsident:

Protokoll:

Markus A. Ziegler

Esthy Curti

Mitteilungen des Präsidenten

M. Ziegler begrüsst alle Anwesenden recht herzlich, speziell folgende neuen Ratsmitglieder: Serkan Eser, Grüne/EVP, Sven Inäbnit, FDP, Susanna Keller, SVP, und Gaida Löhr Vanoncini, SP. Letztere hat sich entschuldigt und ist nicht anwesend. Er dankt den vier neuen Mitgliedern für ihre Bereitschaft, einen Teil ihrer Freizeit im Dienst für die Allgemeinheit einzusetzen und wünscht ihnen in ihrem neuen Amt viel Erfolg sowie Befriedigung.

Er möchte die Gelegenheit benutzen und zu seinem Einstieg als neuer Präsident ein paar Worte an den Rat richten. Vor noch nicht allzu langer Zeit wurde Binningen als eine politische „Schlafstadt“ bezeichnet. Viele hatten den Eindruck, die politischen Auseinandersetzungen seien zu harmonisch, deshalb würden sie auch nicht in den lokalen Medien erwähnt. In den letzten Jahren hat sich dieses Bild jedoch geändert. Die politische Realität einer modernen und urbanen Vorortsgemeinde hat die eher beschauliche, einträchtige Dorfpolitik eingeholt, und damit den Wandel nachvollzogen, welchen unsere Gemeinde in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten durchgemacht hat. Die Diskussionen wurden intensiver und kontroverser, was aber eine gute Entwicklung bedeutet. Denn nur im harten Widerstreit der Meinungen können tragfähige Lösungen entstehen, welche in unserer doch sehr komplexen Welt auch nötig sind. Speziell fällt in letzter Zeit auf, dass vermehrt von den Volkswahlberechtigten Gebrauch gemacht wird. So sind zurzeit acht Initiativen, Referenden oder Petitionen im politischen Prozess in Bearbeitung. Die Themen reichen von gestalterischen Fragen zu Bauprojekten in der Gemeinde über die Ortsplanung bis hin zu verschiedenen Themen im Bereich der Schule. Wie auch bei vielen Vorstössen im Rat kann man über diese Anliegen natürlich geteilter Meinung sein und sich trefflich darüber streiten. Im Grundsatz ist jedoch die erhöhte Teilnahme des Volks an der politischen Entscheidungsfindung in Binningen zu begrüßen. Bietet sie doch Inspiration für die Arbeit der Behörden und holt sogar das eine oder andere Mal den Gemeinde- oder den Einwohnerrat auf den Boden der Realität zurück, den er zu verlassen droht, wenn dessen Visionen etwas zu stark durchgehen. Der Einwohnerrat kann sich also über die erhöhte politische Aktivität der Binner Bevölkerung freuen und den Dialog aktiv aufnehmen.

Es stehen zwölf spannende Monate mit wichtigen Geschäften bevor. So das Alters- und Pflegeheim Schlossacker, das vorwärts gebracht werden muss, oder die Ortsplanungsrevision, welche jetzt hoffentlich demnächst verabschiedet werden kann. M. Ziegler möchte als Präsident versuchen, den Rahmen für die notwendigen Diskussionen zu schaffen und ruft den Rat auf zu debattieren, für die eigenen Anliegen zu kämpfen und die Andern zu überzeugen, allerdings auch nach Mehrheiten und Kompromissen zu suchen. Am wichtigsten ist es aber, Freude und Witz in den Vordergrund zu stellen und bei der Wortwahl kurz und prägnant zu bleiben. Der Spass an der Politik soll so nach aussen getragen und dadurch wieder mehr Menschen davon überzeugt werden, politisch aktiv zu sein. In diesem Sinne möchte M. Ziegler seine Amtszeit als Präsident des Einwohnerrats beginnen.

Mitteilungen aus dem Büro: Christoph Anliker, SVP, Jürg Humbel, FDP, und Barbara Jost Zürcher, SP, wurden als Stimmzähler/-in für das Amtsjahr 2009/10 bestimmt.

Bei bestem Wetter und grosser Beteiligung der Bevölkerung fand am 15.8.2009 aus Anlass des 75-jährigen Bestehens einer Tramlinie von Basel nach Binningen das „Drämmli-Fescht“ in Binningen statt. Im Namen des Einwohnerrats dankt M. Ziegler dem OK sowie allen beteiligten Vereinen und Institutionen für die grosse geleistete Arbeit ganz herzlich.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

- Interfraktionelle Motion: Kein Leistungsabbau bei der Stiftung Kinderbetreuung; Gesch. Nr. 66
- Postulat SP: WC auf dem Spielplatz Drissel; Gesch. Nr. 67
- Postulat SP: Grünfläche/Garten für den Kindergarten beim Pestalozzi-Schulhaus; Gesch. Nr. 68
- Anfrage SVP: Unhaltbare Zustände an der Bruderholz-/Margarethenstrasse; Gesch. Nr. 69 ^{*)}

^{*)} Die Anfrage wird am Schluss der Sitzung unter Traktandum 11 beantwortet.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

M. Ziegler informiert ferner, dass die Interpellation der SVP-Fraktion betreffend „*Gravierende Sicherheitsmängel im Schlosspark*“, welche an der Sitzung vom 27.4.2009 eingereicht wurde, auf Wunsch des Gemeinderats auf die Septembersitzung verschoben wird. Bekanntlich müssten gemäss Reglement Interpellationen innerhalb der nächsten zwei Sitzungen beantwortet werden. Der Gemeinderat hat jedoch darum gebeten, die Bauabnahme des Schlossparks abzuwarten, um besser Auskunft geben zu können. Gestützt auf § 22 Abs.7 der Geschäftsordnung hat M. Ziegler diesem Begehren zugestimmt.

Traktandenliste**Gesch. Nr.**

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1. | Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:
Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012 | 55 |
| 2. | Antrag des Gemeinderats vom 23.6.2009:
Ersatzwahl von drei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012 | 58 |
| 3. | Zweiter Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.5. 2009:
Totalrevision Kanalisationsreglement bzw. Erlass Abwasserreglement
Zweite Lesung | 10 A |
| 4. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:
Teilzonenplan mit Teilzonenreglement und Baulinienplan Kronenmatten ^{*)} | 30 |
| 5. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:
Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht) ^{*)} | 48 |
| 6. | Interpellation SVP vom 20.3.2009:
Binniger Wahlbüro ^{*)} | 42 |
| 7. | Interpellation SP vom 27.4.2009:
Verlegung des Tai Chi's in den Schlosspark ^{*)} | 47 |
| 8. | Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats 19.5.2009:
CVP-Postulat: Mitsprache der Gemeinde Binningen am baselstädtischen Projekt "Gundeli-Tunnel" | 43 |
| 9. | Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 23.6.2009:
Postulat SP/Grüne: Ortsbus für Binningen | 44 |
| 10. | Interpellation SP vom 19.6.2009:
Stand und Zukunft der familienexternen Kinderbetreuung | 57 |
| 11. | Diverses
Anfrage SVP: Unhaltbare Zustände an der Bruderholz- /Margarethenstrasse | 69 |

^{*)} zurückgestellte Traktanden vom 22.6.2009

Traktandum 1**Gesch. Nr. 55**

Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

Präsident M. Ziegler erklärt, dass Sabina Cron per Ende Juni 2009 aus dem Rat ausgetreten ist und die FDP deshalb ein Ersatzmitglied vorschlagen muss.

FDP: G. Metz schlägt namens der FDP-Fraktion Roger Moll vor. Er konnte bereits bis anhin als stellvertretendes Mitglied ab und zu in der BPK mitwirken. Er ist 1941 geboren und von Beruf Bau-techniker Tiefbau. Als Partner in einem Ingenieurbüro wird er sich in Baufragen sicher kompetent äussern können.

Präsident M. Ziegler stellt fest, dass Roger Moll bereits Ersatzmitglied der BPK war und die FDP deshalb ein Ersatzmitglied nachnominieren wird. Zudem wurde M. Ziegler von der CVP- und der SP-Fraktion angefragt, ob bei ihnen ebenfalls eine Mutation vorgenommen werden könnte. Die BPK ist zurzeit zeitlich sehr stark belastet. Das ER-Büro war einstimmig einverstanden, diesem Wunsch nachzukommen. Es handelt sich um den Ersatz für die zurücktretende Silvia Bräutigam, CVP, sowie um die Wahl eines zweiten stellvertretenden Mitglieds bei der SP-Fraktion. Bekanntlich besteht pro Fraktion der Anspruch auf bis zu drei Ersatzmitglieder pro Kommission.

FDP: G. Metz schlägt Sven Inäbnit vor, der heute zum ersten Mal an einer Einwohnerratssitzung teilnimmt. Er ist 1964 geboren. Seine Ausbildung schloss er mit einer Dissertation in Pharmazie an der Universität Bern ab. Anschliessend absolvierte er noch ein Studium zum Master of Business Administration an der Universität St. Gallen. Aktuell ist er Mitglied in der Geschäftsleitung der Roche Pharma Schweiz AG. Zudem ist er seit 2006 Friedensrichter im Kreis Binningen-Bottmingen. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass Herr Inäbnit das nötige Wissen mitbringen wird, um als Ersatzmitglied in der BPK tätig sein zu können.

CVP: L. Metzger empfiehlt Andrea Alt, Sekundarlehrerin, als Ersatz für Silvia Bräutigam.

SP: V. Dubi schlägt Severin Brenneisen vor. Er ist Gärtnermeister in Binningen und wird dieses Amt sehr gut und gern ausführen.

- ://:**
- 1. Als Mitglied der Bau- und Planungskommission wird Roger Moll, FDP, für die restliche Amtsperiode in stiller Wahl gewählt.**
 - 2. Als stellvertretende Mitglieder der BPK werden für die restliche Amtsperiode in stiller Wahl gewählt:**
 - **Sven Inäbnit, FDP**
 - **Andrea Alt, CVP**
 - **Severin Brenneisen, SP**

Traktandum 2**Gesch. Nr. 58**

Antrag des Gemeinderats vom 23.6.2009:

Ersatzwahl von drei stellvertretenden Mitgliedern in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

Präsident M. Ziegler bemerkt, dass bei der SP- und SVP-Fraktion noch eine Vakanz vorliegt. Die Wahlen konnten an der letzten Sitzung vom 22.6.2009 noch nicht vorgenommen werden, weil die beiden Vorgeschlagenen damals noch nicht Mitglieder des Einwohnerrats waren. Dies ist jetzt der Fall. Zudem möchte die SVP noch ein drittes Ersatzmitglied aufstellen, was, wie erwähnt, gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrats möglich ist.

SVP: C. Schaub empfiehlt, die neu in den Einwohnerrat gewählte Susanna Keller als Ersatzmitglied in die GRPK zu wählen. Von Beruf ist sie medizinische Praxisassistentin und erfüllt verschiedene Funktionen innerhalb der SVP Baselland. Sie ist Mitglied der SVP Schweiz und im Vorstand der SVP Binningen vertreten. Er beschreibt sie als sehr kompetentes und ausgeglichenes Mitglied.

SP: V. Dubi schlägt Gaida Löhr Vanoncini vor. Sie war bereits früher stellvertretendes Mitglied in der GRPK sowie auch bereits vor noch längerer Zeit offizielles Mitglied. Sie ist Sekundarlehrerin und Mitglied im Sekundarschulrat Binningen-Bottmingen.

SVP: C. Schaub schlägt als drittes Ersatzmitglied Beatrix Bürgin vor.

://: Als stellvertretende Mitglieder der GRPK für die restliche Amtsperiode werden in stiller Wahl gewählt:

- **Beatrix Bürgin, SVP**
- **Susanna Keller, SVP**
- **Gaida Löhr Vanoncini, SP**

Traktandum 3

Gesch. Nr. 10 A

Zweiter Bericht des Gemeinderats vom 12.5.2009:

Totalrevision Kanalisationsreglement bzw. Erlass Abwasserreglement

Eintreten:

SP: D. Gorba erklärt, dass die SP-Fraktion dem Reglement zustimmen wird, obwohl sie in § 11 Abs. 4 eine prozentuale Begrenzung von 3 % statt 2 % des Gebäudeversicherungswertes sowie in Abs. 3 lit. c eine Umsetzungsfrist von 10 und nicht 20 Jahren gewünscht hätte. Im Übrigen wird das Reglement immer noch nicht als sehr lesbar empfunden. Auf Anträge wird jedoch verzichtet.

Grüne/EVP: R. Bänziger: Die Grüne/EVP-Fraktion stimmt dem Kanalisationsreglement auch bei dieser zweiten Lesung nur mit gemischten Gefühlen zu. Auch sie kritisiert nach wie vor die viel zu lange Umsetzungsfrist von 20 Jahren. Dies bedeutet, dass während den nächsten 55 Jahren - denn erst im Jahr 2064 muss die letzte Liegenschaft angeschlossen sein - bei starken Regenfällen die Abwasser, welche bei Überlastung nicht in die ARA geleitet werden können, immer noch direkt in den Dorenbach und den Birsig geführt werden. Das „stinkt“ ihr und mit Sicherheit auch den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern an den Eingangsstellen dieser Abwasserleitungen, ganz zu schweigen von den noch viel direkter betroffenen Fischen. Momentan ist noch genügend Trinkwasser vorhanden, dies kann sich jedoch mit fortschreitender Gletscherschmelze sehr rasch ändern. Die Grüne/EVP wünscht sich einen nachhaltigen Umgang mit dem Trinkwasser und dem Wasser im Allgemeinen. Zudem würde auch sie einen Referenzwert von 3 % bevorzugen. Ein weiterer Punkt ist, dass die Binner Einwohnerinnen und Einwohner nicht alle gleich behandelt werden. Nur die Anwohner/-innen der geplanten Sauberwasserleitungen sind anschlusspflichtig und müssen Gebühren bezahlen. Diese Ungleichbehandlung könnte jedoch mit einer Ersatzabgabe, ähnlich derjenigen bei der Feuerwehr, aufgehoben werden. Sie würde sich über eine schnellere und gerechtere Abwicklung freuen, kann aber mit dem vorliegenden Vorschlag leben.

FDP: R. Moll stellt fest, dass die jetzige Wortwahl in § 3 Abs. 2 des Reglements praktisch identisch ist mit seiner während der ersten Lesung beantragten Formulierung, die damals jedoch abgelehnt worden war. Dies freut ihn. Der neu formulierte § 11 ist nach Meinung seiner Fraktion nun für Benutzer/-innen lesbarer. Seine Fraktion lehnt die Empfehlung des Kantons ab, den Gebäudeversicherungswert allenfalls bei 3 % zu belassen. Dieser Punkt gab grossen Anlass zur Diskussion in der BPK. Seiner Meinung nach sind diese 2 % sozial verträglich und bedeuten einen ausgewogenen Kompromiss. Der dieser Vorlage zugrunde gelegte Zeithorizont zur Umsetzung macht Sinn, denn damit wird den Hauseigentümerinnen und -eigentümern ein genügender Spielraum eingeräumt, dass der Anschluss allenfalls zusammen mit anstehenden Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden kann, was die anfallenden Kosten reduziert. Die FDP-Fraktion stimmt somit dem vorliegenden Abwasserreglement zu.

CVP: L. Metzger: Die CVP-Fraktion ist mit den vorgenommenen Änderungen zufrieden und schliesst sich den Ausführungen seines Vorredners R. Moll an.

SVP: U.-P. Moos teilt mit, dass die SVP-Fraktion dem Abwasserreglement einstimmig zustimmt. Sie hält die darin enthaltenen Formulierungen und Prozentsätze für ausgewogen, im Gleichgewicht zwischen Privatinteressen und Umweltschutz. Sie ist überzeugt, damit eine zukunftsorientierte Lösung gefunden zu haben.

GLP: Auch M. Hopf stimmt der Vorlage zu. Eine Umsetzungsfrist von 20 Jahren ist zwar eine lange Zeit, doch werden die Liegenschaften ja nach und nach angeschlossen, und nicht alle auf einmal im Jahr 2064. Was die vorerwähnte Gleichbehandlung anbelangt, erklärt er, dass für eine Gebühr auch eine Gegenleistung erbracht werden muss, d.h. so lange keine Kanalisation vorhanden ist, können auch keine Gebühren erhoben werden. Lobend erwähnt er, dass zwischenzeitlich der Text verständlicher wurde. Er kann dem Reglement zustimmen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Mati* dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme des Abwasserreglements. Da über Grundsätzliches bereits während der ersten Lesung gesprochen wurde, wird sie nur noch zu einzelnen Bemerkungen Stellung nehmen. Sie bestätigt, dass § 11 nach wie vor nicht leicht lesbar ist, sie hält ihn jedoch für juristisch stichhaltig, logisch und für Interessierte verständlich. Auch der Kanton hat diesem Teil zugestimmt. Sie betont, dass es aber wichtig ist - darauf wurde bereits während der ersten Lesung hingewiesen - dass die Eigentümer/-innen der betroffenen Haushaltungen einen speziellen Flyer erhalten, auf dem die wichtigsten Neuerungen mit Beispielen erläutert und veranschaulicht sowie Auskunftsstellen bekannt gegeben werden. Ihrer Meinung nach sollte dies genügen. Abschliessend erklärt sie, dass der vom Kanton gewünschte Ansatz von 3 % des Gebäudeversicherungswerts zur besseren Umsetzung des GEP sicher erfreulich wäre, der Gemeinderat das Reglement aber lieber mit 2 % durchbringt - wie dies im Rat auch erwähnt wurde - als dass es dann an den 3 % oder den 10 statt 20 Jahren Umsetzungsfrist scheitert.

Detailberatung:

SVP: U.-P. Moos beantragt, dass der erste Satz von § 11 Ziffer 4 ersatzlos gestrichen wird. Seiner Meinung nach geht dadurch substantiell nichts verloren. Absatz 4 würde dann mit „Eine Pflicht zur Umstellung ...“ beginnen.

://: Der Antrag von U.-P. Moos wird mit 14 Ja gegen 19 Nein bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Abwasserreglement wird beschlossen.

Traktandum 4**Geschäft. Nr. 30**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Teilzonenplan mit Teilzonenreglement und Baulinienplan KronenmattenEintreten:

SP: T. Rehmann erklärt, dass ihre Fraktion einem Eintreten auf dieses Geschäft zustimmt, da es sich um einen bedeutsamen Teilzonenplan handelt. So ist die Sozialversicherungsanstalt ein sehr wichtiger Arbeitgeber in Binningen. Zwei Dinge stören die SP-Fraktion jedoch. Zum einen, dass die Besucherparkplätze möglichst überirdisch erstellt werden sollen. Sie hat Präsident M. Ziegler bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht. Zum andern, dass die sich vor dem Polizeiposten befindliche Linde gefällt werden soll. Diese Linde ist für viele Leute eine Attraktion, und es ist für sie unverständlich, dass keine andere Lösung gefunden werden konnte. Wegen dieser Linde soll aber nicht auf das ganze Projekt verzichtet werden, sondern sie stellt einen entsprechenden Antrag auf zusätzliche Begrünung. Auch dieser Antrag liegt M. Ziegler vor. Ihrer Meinung nach sollte in Binningen etwas mehr Wert auf das Ortsbild gelegt werden. Obschon der Kronenplatz verkehrstechnisch gewonnen hat, ist er von der Begrünung her zu kurz gekommen, und durch den Wegfall der Linde verschwindet ein weiterer grüner Punkt. Aus der Vorlage geht hervor, dass mit allen von diesem Teilzonenplan betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümern gesprochen wurde, damit klar ist, dass bereits die neuen Planungsinstrumente angewendet wurden. T. Rehmann hat sich auf den Bauabteilungen das Modell angeschaut und dort bestätigt erhalten, dass die gesamte betroffene Eigentümerschaft damit einverstanden ist. Sie hält dies für wichtig, ansonsten könnten im Nachhinein allenfalls Vorwürfe entstehen. Was den vorerwähnten Antrag betreffend Besucherparkplätze anbelangt, so verdeutlicht sie, dass die öffentlichen Verkehrsmittel quasi vor der Türe halten. Deshalb ist es für sie nicht verständlich, dass der dortige Strassenraum mit Parkplätzen „zubetoniert“ werden soll, wenn diese auch unterirdisch realisiert werden könnten. Sie betont, dass sie diesbezüglich lediglich von der Sozialversicherungsanstalt, also der Zone e, spricht. Auch das Trottoir an der Weiermattstrasse ist ein Diskussionspunkt. T. Rehmann hat anlässlich eines Augenscheins festgestellt, dass es vor allem im oberen Teil sehr schmal ist. Es sollte jedoch sinnvollerweise zumindest Platz für einen Kinderwagen vorhanden sein.

FDP: P. Treuthardt informiert, dass die FDP-Fraktion dieser Vorlage zustimmt. Als persönliche Bemerkung ersucht er die AHV-Institution darum, die Gebäudehöhe richtig einzuhalten und nicht versehentlich wieder ein Stockwerk zu viel zu bauen, wie dies das letzte Mal der Fall war. Er nimmt an, dass sich die älteren Einwohnerratsmitglieder noch daran erinnern können.

SVP: Auch U. Weber teilt namens der SVP-Fraktion mit, diesem Geschäft zustimmen zu können. Die vorher noch bestehenden Fragen und Probleme betreffend Abstände haben sich nun erledigt.

CVP: L. Metzger: Die CVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu und ist ebenfalls der Meinung, diesem Arbeitgeber Sorge tragen zu müssen und nicht zu viel Steine in den Weg zu legen. Auch er findet diese Linde schön, leider steht sie aber genau mitten auf dem Platz. Etwas mehr Grün wäre aber sicher zu begrüßen.

Grüne/EVP: R. Bänziger gibt bekannt, dass ihre Fraktion den Teilzonenplan grundsätzlich befürwortet. Er scheint sehr sorgfältig ausgearbeitet zu sein, und ihrer Meinung nach kann er in dieser Form bewilligt und direkt beschlossen werden. Obschon in der Vorlage erwähnt ist, dass mit den Bewohner/-innen vorgängig gesprochen worden ist, steht nichts über deren Rückmeldung betreffend ihr Einverständnis. Diese Information fehlt ihr. Sie geht mit der SP-Fraktion absolut darin einig, dass es wichtig ist, den Platz zu begrünen und einen sinnvollen Ersatz für die Linde zu finden.

SVP: U.-P. Moos: Gemäss seiner Information sollen 14 neue Bäume gesetzt werden. Er bittet den Gemeinderat, dazu Stellung zu nehmen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler* bedankt sich für die grundsätzlich gute Aufnahme dieser Vorlage. Sie dankt auch im Namen der Sozialversicherungsanstalt (SVA). Diese steckt schon lange in der Vorbereitung, damit der dringend notwendige Erweiterungsbau erstellt werden kann.

Die SVA ist ständig am Wachsen und deshalb zurzeit auch an andern Orten in Binningen untergebracht, was sich nicht als praktisch erweist. Die SVA hat wie gesagt für Binningen einen grossen Stellenwert. Diese öffentliche Verwaltung steht für einmal in Binningen und nicht in Liestal, was wirtschaftlich ein wichtiger Faktor für das Dorfzentrum bedeutet. So werden die Angestellten oder auch die Kundschaft in Binningen einkaufen oder in den hiesigen Restaurants zu Mittag essen. Zu den verschiedenen Fragen und Anträgen wird sie während der Detailberatung Stellung nehmen. Auf die Aussage von U.-P. Moos erwidert sie Folgendes: Als erstes hatte die SVA der Gemeinde ein Vorprojekt eingereicht, welches in der Fachgruppe für Bau- und Planungsfragen des Gemeinderats beraten wurde. In diesem Zusammenhang hat die SVA bereits erstmals über den geplanten Kubus sowie die Fassaden- und Aussenraumgestaltung informiert. Bei letzterer wurde festgehalten, dass für den Platz, der wegen der Erstellung der unterirdischen Parkplätze abgerissen werden muss, ein Konzept zur „Belebung“ vorgelegt wird. Vorgesehen ist eine Bepflanzung mit Büschen und Sträuchern von unterschiedlicher Höhe und Wuchs, dabei wurde auch schon eine Baumart genannt. Mit der SVA ist ausserdem vereinbart und bis jetzt auch eingehalten worden, dass sie jeweils sämtliche Teilschritte den Bau betreffend, sprich Gebäudekubus, Fassadengestaltung, Aussenraumgestaltung, Begrünungsplan etc., der Fachgruppe für Bau- und Planungsfragen vorlegt und diese anschliessend dem Gemeinderat entsprechend Antrag stellt. In diesem Zusammenhang werden auch Ratschläge und Empfehlungen weitergegeben. Das heisst, dass es möglich ist einzugreifen, sollte die vorgesehene Begrünung nicht genügen.

SP: V. Dubi bemerkt, dass der den Einwohnerräten zugestellte Baulinienplan Kronenmatten schwer lesbar ist. Der Vergleich mit der farbigen Ausführung des gleichen Plans, den sich T. Rehmann auf den Bauabteilungen besorgt hat, zeigt klar, dass dieser viel verständlicher ist. Sie bittet deshalb die zuständige Gemeinderätin, dafür besorgt zu sein, dass bei einer nächsten Vorlage ähnlicher Art die entsprechenden Pläne farbig verschickt werden.

Präsident M. Ziegler meint, dass der Gemeinderat diesem Begehren sicher gerne aufnehmen wird.

Detailberatung:

SP: T. Rehmann kommt bei Ziffer IV „Parkierung“ auf ihren bereits erwähnten Antrag zurück. Sie wünscht, den Text mit einem Satz zu ergänzen. Art. 10 soll neu heissen: „*Innerhalb der Wohn- und Geschäftszonen a bis f sind sämtliche Parkplätze in unterirdischen Einstellhallen zu erstellen. Die Besucherparkplätze in der Zone e sind ebenfalls unterirdisch zu planen.*“ Der restliche Text fällt weg.

Gemeinderätin A. Schuler wendet ein, dass hier eventuell ein Missverständnis vorliegt. Im jetzigen Reglement unter Art. 10 heisst es, dass alle Parkplätze in den Zonen a bis f unterirdisch in einer Einstellhalle zu erstellen sind. Ihrer Ansicht nach befindet sich die SVA in der Zone e, also ist diese auch inbegriffen. Weiter im Text heisst es dann, dass für Besucherparkplätze eine Ausnahme erteilt werden kann. Das heisst aber nicht, dass diese Ausnahme jetzt gerade in erster Linie für die SVA gelten soll. Z.B. ist das Haus gegenüber dem Kronenmattsaal an der Weihermattstrasse 7, welches sich in der Zone d befindet, bereits neu gebaut. Es wurde noch nach dem Quartierplan 9/1 erstellt und hat eine Einstellhalle. Neben diesem Gebäude, in der Ecke zur Amerikanerstrasse hinter dem Gemeindepräsident Charles Simon gewidmeten Baum, befinden sich zwei Besucherparkplätze. Solche Besucherparkplätze wären auch weiterhin mit einer Ausnahmegewilligung des Gemeinderats möglich. Diese Ausnahmegewilligung ist übrigens auch noch generell in der Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz enthalten, wo § 7 definiert, dass in gewissen begründeten Fällen der Gemeinderat Ausnahmen erteilen oder beim Kanton beantragen kann. Nochmals betont sie, dass wenn nun Eigentümer/-innen der Zonen a bis f eine Ausnahme für Besucherparkplätze wünschen, sie dem Gemeinderat ein Gesuch einreichen müssen. Dieser könnte dann unter den in Art. 10 beschriebenen Bedingungen diesem Begehren allenfalls zustimmen.

SP: Auch T. Rehmann meint, dass es sich um ein Missverständnis handelt. Der Antrag lautet nur dahingehend, dass für die Wohn- und Geschäftszone e keine Ausnahmegewilligungen erteilt werden dürfen. Andernfalls kann dort der restliche Platz, der noch zur Verfügung steht, nicht begrünt, sondern mit Besucherparkplätzen versehen werden. Es ist ihr klar, dass in den andern Zonen eine

Ausnahme möglich sein muss. Sie stellt gerade fest, dass in ihrem Antrag diese Möglichkeit zur Beantragung von Ausnahmen nicht mehr enthalten ist.

Präsident M. Ziegler fragt nach, ob T. Rehmann an ihrem Antrag in der Form, wie er ihm schriftlich vorliegt, festhält.

SP: T. Rehmann bestätigt dies.

SP: V. Dubi wirft ein, dass der Antrag so nicht ganz richtig ist. Der Text in Art. 10 müsste unverändert stehen bleiben, aber im zweiten Satz noch mit dem kurzen Zusatz „ausser in der Zone e“ ergänzt werden. Sie schlägt folgende Wortwahl vor: „... Für Besucherparkplätze kann der Gemeinderat Ausnahmen beantragen, ausser in der Zone e, wenn sie sich in das Gesamtkonzept einordnen und durch sie keine übermässigen Immissionen auf die Nachbargrundstücke verursacht werden.“

Präsident M. Ziegler bittet die SP-Fraktion, diesen neuen Antrag schriftlich einzureichen, damit keine Missverständnisse entstehen können.

Gemeinderätin A. Schuler weist darauf hin, dass die SVA, wenn sie unbedingt Parkplätze erstellen möchte, gemäss Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz, Ziffer 1 „Zonenvorschriften“, § 7 „Ausnahmen von den kommunalen Zonenvorschriften“, wiederum die Möglichkeit hat, beim Gemeinderat eine Ausnahme zu beantragen. Wenn dem Antrag der SP stattgegeben wird, könnte es durchaus sein, dass der Kanton bzw. Regierungsrat bei der Prüfung dieses Reglements einen juristischen Widerspruch entdeckt und diese Regelung wieder streicht.

Präsident M. Ziegler informiert, dass der abgeänderte Antrag der SP nun schriftlich in einer nochmals anderen Form vorliegt. Der Text in Art. 10 bleibt vollständig bestehen und am Schluss wird folgender Satz hinzugefügt: „In der Zone e sind keine Ausnahmen möglich.“

SP: D. Migliazza bittet A. Schuler zu präzisieren, ob es sich bei dem von ihr vorher erwähnten Recht um das geltende oder neue handelt.

Gemeinderätin A. Schuler erwidert, dass es sich hier um die Verordnung zum kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz vom 27.10.1998 handelt, wo in § 7 Abs. 1 die Ausnahmen im Generellen festgehalten sind und es in Abs. 2 heisst: „Sofern die Gemeinden nicht andere Bestimmungen erlassen, ...“. Hier können unter bestimmten Umständen Ausnahmen beim Kanton beantragt werden, insbesondere im Härtefall. Im Übrigen hat die SVA auch bis anhin keine Besucherparkplätze vor ihrem Gebäude.

GLP: M. Hopf hält bei dieser kantonalen Bestimmung für das Entscheidende, dass es in dieser Verordnung heisst „Sofern die Gemeinden nicht andere Bestimmungen erlassen, ...“, weshalb dies rechtlich ohne weiteres beschlossen werden kann. Wenn dann doch der Härtefall des Härtefalls zur Anwendung gelangt, muss man weitersehen, sollte es überhaupt so weit kommen. Er spricht sich im Übrigen für den vorliegenden Antrag aus.

CVP: L. Metzger: Seine Fraktion hält die Überlegungen der SP für nicht ganz ausgereift und findet es gefährlich, an einem ausgewogenen Projekt ohne vorgängige Abklärung eine solche Änderung vorzunehmen. Er hält dieses Thema für nicht so wichtig, als dass es nochmals von der BPK geprüft werden müsste, sondern empfiehlt seinen Kolleginnen und Kollegen, den Antrag der SP abzulehnen und vorwärts zu machen.

Präsident M. Ziegler schreitet zur Abstimmung über den Antrag der SP-Fraktion, wonach Art. 10 am Ende mit dem Satz „In der Zone e sind keine Ausnahmen möglich“ ergänzt wird.

//: Der Antrag der SP-Fraktion wird mit 12 Ja gegen 24 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

SP: T. Rehmann stellt den Antrag, dass nach der Ziffer V Lärmschutz eine neue Ziffer VI Begrünung aufgenommen wird mit einem neuen Art. 12, der lautet: „Entsprechend dem Begrünungskonzept der Gemeinde und des Kantons sollen als Ersatz für die Linde bei der Sozialversicherungsanstalt Bäume und Sträucher an der Hauptstrasse gepflanzt werden.“ Obschon sie nun von Gemeinderätin

A. Schuler erfahren hat, dass von der SVA bereits im Konzept eine Bepflanzung zugesichert wurde, hätte sie diese Bestimmung trotzdem gerne im Reglement enthalten. Es ist ein Teilzonenplan, von dem alle profitieren, und sie wünscht sich, dass auch die Einwohnerschaft in dem Sinn davon profitieren kann, dass eine zusätzliche Begrünung an der Hauptstrasse entsteht.

Gemeinderätin A. Schuler macht darauf aufmerksam, dass in dem von der SP gestellten Antrag der Forderung „entsprechend dem Begrünungskonzept der Gemeinde und des Kantons...“ nicht entsprochen werden kann, da es auf Gemeindeebene weder ein Begrünungskonzept noch ein Begrünungsreglement existiert. Des Weiteren handelt es sich hier um einen Teilzonenplan, und es gestaltet sich als heikel, für ein Gebiet in diesem Plan detaillierte Spezialbestimmungen festzulegen. Ausserdem wurde die SVA während den Gesprächen und Verhandlungen mit der Gemeinde immer wieder darauf hingewiesen, dass die Begrünung ein wichtiges Anliegen ist. Ihrer Meinung nach wird die SVA nicht nur vorne auf dem Platz wieder Pflanzen anbringen, sondern auch im hintern Teil. Im jetzigen Plan ist auch eine Art Innenhof enthalten, wo auch Bepflanzungen vorgesehen sind. Bereits heute sind entlang des geplanten Fusswegs, der rechts vom Restaurant Cent Treize hinunterführen wird, ansprechende Aufenthaltsräume im Freien zu finden. Sie meint, dass der Bauherr offen für eine Begrünung sein wird.

SP: T. Rehmann hat das Problem mit dem Kanton und der Gemeinde vorausgesehen. Sie meint, dass der Kanton vorne auf der Hauptstrasse Bäume aufstellt und die Gemeinde hinten. Sie hält es für schwierig, das ganze in einen Kontext hineinzubringen. T. Rehmann hat die Darlegungen von A. Schuler gehört und auch zur Kenntnis genommen, dass in der Gemeinde kein Begrünungskonzept existiert und empfiehlt dem Gemeinderat, sich dazu Gedanken zu machen. Sie zieht den Antrag zurück.

Mit 35 Ja bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Teilzonenplan Kronenmatten mit Teilzonenreglement wird beschlossen.

Ebenfalls mit 35 Ja bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Baulinienplan Kronenmatten wird beschlossen.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 48

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht)

Eintreten: entfällt.

Detailberatung:

FDP: G. Metz weist beim *Postulat EVP: Künstlerische Gestaltung Kronenmattkreisel* auf zwei für die FDP wichtige Punkte hin. Der erste Hinweis betrifft die Sicherheit. Es ist festzustellen, dass gegenüber früher eine enorme Verbesserung eingetreten ist. Zum einen vor allem weil das Tram, welches vorher die Sicht zum Teil massiv verspernte, nun anders geführt wird. Zum andern ist der Rechtsvortritt aufgehoben, was vorher oft zu schwierigen Situationen geführt hat, und es herrschen jetzt klare Kreiselregelungen. Der andere Hinweis betrifft die Ästhetik. Der FDP-Fraktion gefällt die heutige Gestaltung des Kreisels. Ihrer Meinung nach sollte er so bleiben. Diejenigen Personen der Gemeinde, welche den Kreisel bearbeiten, machen einen guten Job. Als Konsequenz auf diese Hinweise

beantragt die FDP die Abschreibung dieses Postulats. Weitere Planungsrunden, welche offenbar vorgesehen sind, hält sie für unnötig, denn sie kosten mit Sicherheit Geld und binden Personen, die das ganze bearbeiten müssen.

SVP: U.-P. Moos: Die SVP schliesst sich diesem Antrag an. Nach wie vor ist eine Initiative für einen Blumenkreisel, was eigentlich der vorliegenden Lösung entspricht, hängig. Es wurden bereits einige hundert Unterschriften gesammelt, jedoch noch keine 500. Das Initiativkomitee hat die Sammlung auch nicht mehr weiter forciert, in der Hoffnung auf genau eine solche Gelegenheit wie jetzt, dass das Geschäft effizient erledigt werden könnte.

GLP: M. Hopf gefällt der Kronenplatz in der jetzigen Form nicht besonders, obschon Bananenbäume angepflanzt wurden, womit er den Klimawandel jedoch als etwas zu früh vorhergesehen hält. Er findet den Kronenplatz zwar nicht hässlich, aber auch nicht besonders schön. Er hatte im 2007 bedauert, dass der Ideenwettbewerb zur künstlerischen Gestaltung abgelehnt wurde - er war damals nicht mehr im Einwohnerrat - und würde es auch jetzt bedauern, wenn dieses Postulat ganz abgeschrieben würde. Er macht seinen Kolleginnen und Kollegen deshalb beliebt, den Antrag abzulehnen. Was die Bananenbäume anbelangt, so werden diese den Winter wahrscheinlich ohnehin nicht überleben.

SP: A. Braun freut sich zwar über die schönen bunten Blumen in der Mitte des Kreisels, ist aber der Meinung, dass diese durchaus auch in den aussen liegenden Rabatten gepflanzt werden könnten, wo die Fussgänger zirkulieren. Dort würde es ohnehin noch etwas mehr Inhalt vertragen. Für Binningen wäre die Idee, ein künstlerisches Projekt zu realisieren, durchaus wert, weiterverfolgt zu werden. Es liegen ja bereits Vorschläge vom Kunstverein vor. Im Rat hat man sich nie konkret Gedanken über eine eigentliche Gestaltung des Kronenplatzes gemacht. Seiner Meinung nach wäre Folgendes anzustreben: Aussen grün oder bunt wie die Natur und in der Mitte Kultur.

://: Dem Antrag der FDP-Fraktion wird mit 24 Ja gegen 7 Nein bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

Demnach wird beschlossen:

://: Das Postulat EVP: Künstlerische Gestaltung Kronenplatzkreisel (Geschäft Nr. 139/VII, überwiesen am 19.5.2003) wird als erledigt abgeschrieben.

SP: B. Jost bezieht sich auf das Postulat der SP-, Grüne/EVP-Fraktion betreffend *Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte*, bei welchem der Gemeinderat dem Einwohnerrat beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Sie ist grundsätzlich der Meinung, dass der Gemeinderat etwas schnell Geschäfte als erledigt abschreiben möchte. Die SP-Fraktion ist gegen eine Abschreibung. Zurzeit wird dieses Thema wie im Bericht erwähnt tatsächlich auf kantonaler Ebene im Landrat behandelt und ist dort noch hängig. Solange der Landrat noch keinen Beschluss gefasst hat, möchte die SP das Postulat nicht als erledigt abschreiben.

Grüne/EVP: A. Jagtap ergänzt seine Vorrednerin, dass das Geschäft nicht nur auf kantonaler, sondern auch auf Bundesebene noch hängig ist. Auch da gibt es noch keine festen Werte. Zudem ist noch nicht ganz klar, wie es mit dem Moratorium weitergehen wird. Dies sind Gründe für seine Fraktion, das Postulat sicher nicht abzuschreiben.

SP: B. Jost meldet sich auch zum Postulat der SP-, Grüne/EVP-Fraktion betreffend *Midnight Basketball für Binningen* zum Wort. Sie ist über den Bericht des Gemeinderats etwas enttäuscht, obschon sie froh ist, dass das Postulat nicht zur Abschreibung vorgeschlagen wird. Als sie aber gelesen hat, dass keine Bereitschaft da ist, für einen Versuch Geld auszugeben, sondern der Gemeinderat lediglich bereit ist, dafür Freiwillige zu suchen, war ihr klar, dass das Projekt zum Scheitern verurteilt ist. Sie legt dar, dass die Fachstelle Basel des Midnight Sports bereits in mehreren Gemeinden Midnight Basketball Events organisiert hat. Midnight Sports Schweiz hat viel Erfahrung,

das nötige Know-how und weiss, was zu tun ist, damit das Ganze erfolgreich ist. Ihre Nachforschungen zum Beispiel in der Gemeinde Riehen haben ergeben, dass dort tatsächlich CHF 20'000.— investiert wurden. Damit konnte aber ein Projektkoordinator von Midnight Sports Basel engagiert werden, der die Gesamtkoordination übernommen und auch Sponsoren gesucht hat. Daraus resultierte, dass nun in einem zweiten Durchgang effektiv mit Freiwilligen gearbeitet werden kann. Das Konzept sieht auch vor, dass das Projekt zwei Jahre von Midnight Sports unterstützt wird, damit es nachher auf eigenen Beinen stehen und erfolgreich sein kann. B. Jost bittet den Gemeinderat deshalb sehr, das ganze nochmals zu überdenken.

Stellungnahme des Gemeinderats: B. Gehrig erklärt, dass dieses Begehren nun seit 2005 hängig ist und immer wieder bearbeitet wurde. Der Einwohnerrat wurde auch darüber informiert, dass der Gemeinderat in Basel um Mitternacht einen Augenschein vorgenommen hat. Für den Gemeinderat stellen sich zwei Probleme. Zum einen ist eigentlich kein Bedürfnis vorhanden. Die Kosten sind nicht zuletzt deshalb so hoch, weil in der jeweiligen Gemeinde zuerst eruiert werden muss, ob überhaupt ein Interesse besteht. Zum andern ist der Gemeinderat davon ausgegangen, dass Freiwillige gefunden werden können, die das Projekt an die Hand nehmen würden. Abschliessend weist B. Gehrig darauf hin, dass der Gemeinderat bereit ist, einen entsprechenden Betrag ins Budget des nächsten Jahres aufzunehmen, entsprechend ist er auch bereit, das ganze nochmals genau anzuschauen und zu prüfen, in welcher Form es realisiert werden könnte.

CVP: L. Metzger bezieht sich auf das Postulat der CVP betreffend *Pandemieplan für die Gemeinde Binningen* und erklärt, dass die CVP mit der Abschreibung ihres Postulats einverstanden ist.

SP: A. Braun stellt beim interfraktionellen Postulat über die *Förderung von Hochstamm-Obstbäumen* fest, dass auf Seite 1 des Berichts an den Einwohnerrat beantragt wird, es als erledigt abzuschreiben, dieser Antrag jedoch auf Seite 5 bei den Detailinformationen nicht mehr steht. Er ist nun nicht ganz sicher, was letztlich gelten soll. Er begrüsst es, dass der Gemeinderat zurzeit mit den Binninger Landwirten in Verhandlungen steht, und es wäre interessant für ihn zu wissen, zu welchem Ergebnis diese Gespräche führen. Deshalb plädiert A. Braun, dieses Postulat nicht abzuschreiben.

Präsident M. Ziegler stellt klar, dass er sicher die Anträge auf der ersten Seite zur Abstimmung bringen wird und nicht den Text weiter hinten.

Stellungnahme des Gemeinderats: A. Schuler bestätigt, dass ein Gespräch mit den Landwirten stattgefunden hat. Dabei wurde ihnen ein Vorschlag unterbreitet, wie die Subventionierung, welche auf mehreren Pfeilern steht, an die Hand genommen werden könnte. Es existiert bereits heute eine Bundessubvention für Hochstammbäume von CHF 15.— pro Baum, ferner gibt es kantonale Beiträge, welche an gewisse Pflichten gebunden sind, wie z.B. Baumschnitt, Nische, Bodenbehandlung etc. Die Gemeinde würde nun mit ihrem Vorschlag diese Subventionen ergänzen bzw. aufstocken. Wie beim Kanton sind auch mit diesem Gemeindeförderbeitrag jedoch gewisse Anforderungen verbunden. An einem weiteren geplanten Gespräch sollen die Landwirte mitteilen, ob sie dem gemeinderätlichen Konzept, welches auf Landschafts- und Naturschutz aufbaut, zustimmen werden. Bevor diese Antwort der Landwirte nicht vorliegt, möchte A. Schuler auch nicht mehr sagen.

CVP: A. Alt teilt mit, dass die CVP-Fraktion nicht damit einverstanden ist, dass ihr Postulat i.S. *Brandruine an der Hauptstrasse 10* abgeschrieben wird. Bedauerlicherweise sieht man bei der Einfahrt nach Binningen nach wie vor diese Brandruine. Obschon sie weiss, dass Gespräche im Gange sind und eine Verhüllung geplant ist, ist ihrer Meinung nach diese Angelegenheit noch nicht erledigt.

CVP: L. Metzger äussert sich zur CVP-Motion betreffend *Kein neues Corporate Design für die Gemeinde Binningen* wie folgt: Die CVP kann der Antwort des Gemeinderats, dass er aufgrund des Standortmarketings doch einen neuen Aussenauftritt prüfen möchte, nicht zustimmen. Die CVP ist immer noch der Meinung, dass ein konsequent durchgezogenes, während vieler Jahre beibehaltenes Corporate Design besser ist, als ein neues, das nachher gar nicht wieder erkennbar ist. Ferner ist die Fraktion nicht bereit, dafür Geld zu investieren. Deshalb ist er dagegen, dass die Motion nicht überwiesen werden soll.

SVP: C. Schaub ergänzt zu seinem Vorredner, dass auch die SVP für die Überweisung dieser Motion ist, gleichzeitig verlangt die Fraktion, dass keine zusätzlichen Kosten oder Folgekosten für das Weglassen von Buchstaben entstehen sollen. Er verlangt diesbezüglich eine verbindliche Zusage des Gemeinderats.

SVP: U.-P. Moos erklärt, dass die CVP-Fraktion erfreut und begeistert ist, wie schnell die Verwaltung das Postulat der SVP über *die Publizierung der parlamentarischen Vorstösse im Internet* umgesetzt hat. Sie ist überzeugt davon, dass von dieser übersichtlichen Darstellung der hängigen Vorstösse alle werden profitieren können.

Präsident M. Ziegler schreitet zur einzelnen Abstimmung der Anträge:

Mit 10 Ja, 24 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat SP-, Grüne/EVP-Fraktion: Koordination der Mobilfunk-Antennenstandorte (Geschäft Nr. 24/IX, überwiesen am 13.12.2004) wird nicht als erledigt abgeschrieben.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Postulat CVP: Pandemieplan für die Gemeinde Binningen (Geschäft Nr. 161/IX, überwiesen am 25.6.2007) wird als erledigt abgeschrieben.

Mit 17 Ja, 18 Nein bei 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat CVP: Brandruine an der Hauptstrasse 10 (Geschäft Nr. 208/IX, überwiesen am 22.9.2008) wird nicht abgeschrieben.

Mit 14 Ja, 17 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das interfraktionelle Postulat: Förderung von Hochstamm-Obstbäumen (Geschäft Nr. 200/IX, überwiesen am 22.9.2008) wird nicht abgeschrieben.

Mit 5 Ja, 26 Nein bei 6 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Die Motion CVP: Kein neues Corporate Design für die Gemeinde Binningen (Geschäft Nr. 27, eingereicht am 15.12.2008) wird überwiesen.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Postulat SVP: Publizierung der parlamentarischen Vorstösse im Internet (Geschäft Nr. 46, eingereicht am 27.4.2009) wird überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 6**Gesch. Nr. 42**

Schriftliche Antwort des Gemeinderats vom 2.6.2009:

Interpellation SVP: Binninger Wahlbüro

Gemeindepräsident C. Simon ist der Meinung, dass im vorliegenden Bericht an den Einwohnerrat bereits alles gesagt wurde. Die genau gleichen Fragen sind bekanntlich bereits in der GRPK gestellt worden, und diese hat ihre entsprechenden Untersuchungen abgeschlossen. In diesem Sinn möchte er der Stellungnahme der Exekutive nichts beifügen und sich nicht weiter äussern.

SVP: U.-P. Moos stellt fest, dass diese Nichtbeantwortung der Interpellation in einer Linie steht mit der Nichtbeantwortung seiner Anfrage vom Februar dieses Jahres zum gleichen Thema. Über den Umstand, dass seine eigenen Fragen als GRPK-Mitglied weder in der GRPK beantwortet worden sind, noch jetzt vom Gemeinderat, kann sich jeder seine eigenen Gedanken machen. Für ihn ist klar, dass die GRPK auf diese Art und Weise nicht funktionieren bzw. er seine Arbeit in der GRPK nicht wahrnehmen kann. Bevor er in dieser Angelegenheit weitere Schritte einleiten wird, wird er in den nächsten Wochen mit dem für das Wahlbüro verantwortliche Gemeindepräsidenten das Gespräch suchen.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderats nicht befriedigt.

Traktandum 7**Gesch. Nr. 47****Interpellation SP: Verlegung des Tai Chi's in den Schlosspark**

Antwort des Gemeinderats: *B. Gehrig* konstatiert, dass die Beantwortung dieser Interpellation ganz einfach ist: Dem Begehren wurde entsprochen und das Tai Chi fand bereits diesen Sommer im Schlosspark statt. Wie er erfahren hat, erfolgte dies zur besten Zufriedenheit aller, allerdings mit einem kleinen Vorbehalt, dass offenbar schon an diversen Orten Hundekegel liegen, weshalb beim Barfusslaufen im Schlossparkareal Vorsicht gewaltet werden muss.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 8**Gesch. Nr. 43**

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 19.5.2009:

Postulat CVP: Mitsprache der Gemeinde Binningen am baselstädtischen Projekt "Gundeli-Tunnel"Eintreten:

CVP: L. Metzger dankt im Namen der CVP-Fraktion dem Gemeinderat für die Beantwortung ihres Postulats. Er ist zufrieden mit dieser Antwort und hofft, dass die Gemeinde Erfolg haben wird.

FDP: R. Moll weist darauf hin, dass dieses Postulat einige Substanz beinhaltet, denn in diesem ganzen Planungssperimeter Meret Oppenheim-Strasse bis zur Münchensteinerbrücke, Nauenstrasse und Dreispitz sind diverse Projektstudien in Arbeit. In dem Sinne ist der Gundeli-Tunnel nur ein Detailprojekt, das auch darin enthalten ist. Betreffend der im Bericht erwähnte Margarethenstich ist laut

der BLT eine direkte Verbindung vom Leimental zum Bahnhof geplant. Auch durch diese Projektvariante werden die Verkehrsflüsse in Binningen sicher auch belastet. Daraus resultieren folgende Fragen: Wie sieht die Antwort des Gemeinderats bezüglich kantonalem Richtplan Basel-Stadt aus? Wie sind die im Bericht erwähnten Gespräche verlaufen? Wer hat Einsitz in dieser Arbeitsgruppe, welche dann zum Margarethenstich Stellung nehmen wird? Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Als Begründung gibt R. Moll an, dass die ganze Sache ohnehin im Fluss ist, sei dies im Zusammenhang mit dem Planungssperimeter oder mit dem Kontakt der Gemeinde und den entsprechenden Amtsstellen sowie projektierenden Ingenieurbüros.

SP: D. Gorba teilt mit, dass die SP-Fraktion für die Überweisung dieses Postulats ist. Allerdings möchte sie, dass sich der Gemeinderat nicht nur für das Landschaftsbild einsetzt, sondern sich vehement gegen diesen Gundeli-Tunnel ausspricht. Als Begründung gibt sie an, dass der Tunnel dem Gundeliquartier nur marginal etwas bringt, er verhindert die 10er-Tramlinie auf dem Margarethenstich und über den Dorenbachkreisel braucht gar nicht erst diskutiert werden.

CVP: L. Metzger nimmt Stellung zum Antrag der FDP betreffend Überweisung und gleichzeitiger Abschreibung des Postulats. Er erklärt, dass das Geschäft durch die Überweisung pendent bleibt, und wenn es nicht abgeschrieben wird, kann es durch den Gemeinderat auch weiter bearbeitet werden. Deshalb ist die CVP gegen eine Abschreibung. In Bezug auf das Votum von D. Gorba bittet er die SP, gegen die erwähnte Problematik mit einem eigenen Vorstoss vorzugehen, und nicht das vorliegende Postulat zu verändern.

Grüne/EVP: P. Buess plädiert im Namen der Grüne/EVP-Fraktion ebenfalls für eine Überweisung ohne gleichzeitige Abschreibung. Sie wünscht grundsätzlich, künftig mehr Informationen über die vorliegende Thematik zu erhalten, was gearbeitet wird, wie die Position der Arbeitsgruppe ist und welche Alternativlösungen möglich sind. Wäre es z.B. denkbar, bei der Heuwaage den Stich hinaufzufahren, statt einen Tunnel zu bauen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* macht seinen Vorredner P. Buess darauf aufmerksam, dass hier zwei verschiedene Projekte zu unterscheiden sind. Beim einen handelt es sich um den Gundeli-Tunnel. Ein Stück Autobahn, das zur Entlastung bzw. Umfahrung des Gundeldingerquartiers dienen soll und schon lange im Netzplan des Bundes enthalten ist. Die Stadt Basel möchte nun in ihrer Planung weiterfahren. Wann aber schlussendlich gebaut wird, ist eine andere Frage. Beim zweiten Projekt handelt es sich um den Margarethenstich, wo es um den Anschluss der BLT-Tramlinie 10 von der Station Binningen Dorenbach den Margarethenstich hoch zur BVB-Tramlinie 2 geht, was eine direkte Verbindung vom Leimental zum Bahnhof SBB ermöglichen soll. Binningen ist in der entsprechenden Arbeitsgruppe vertreten. Betreffend die Frage von R. Moll, wer darin Einsitz hat, antwortet C. Simon, dass dies er selbst sowie Martin Ruf als Abteilungsleiter VSV sind. Es wird damit gerechnet, dass der Trambetrieb bis 2013/14 aufgenommen werden kann. Betreffend Tunnel, nochmals als Antwort auf R. Moll, erklärt C. Simon, dass ihm der Wortlaut der Binner Stellungnahme zum Richtplan jetzt nicht gerade präsent ist. Was die Frage betreffend aktueller Stand der laufenden Gespräche anbelangt, so haben sie zusammen mit Lotti Stokar, Gemeindepräsidentin Oberwil und Leiterin der Verkehrskommission Leimental, im zweiten Quartal mit dem zuständigen Basler Regierungsrat ein langes, ausführliches Gespräch geführt. Dabei hat sich Binningen vehement dagegen gewehrt, dass der Margarethenpark durch einen Autobahnzubringer, der Richtung Kirche aufsteigt, zerstört wird. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Frage des daraus resultierenden Mehrverkehrs für Binningen. Seit rund 20 bis 25 Jahren hat der Autoverkehr auf den beiden Verkehrsachsen, Hauptstrasse und Baslerstrasse, nicht zugenommen, dafür umso mehr ÖV-Verkehr. Dies auch dank der Verbindung über das Bruderholz. Wird nun ein Autobahntunnel bis an die Grenze von Binningen geführt, wird dies auf beiden Verkehrsachsen deutlich mehr Verkehr zur Folge haben. Basel-Stadt studiert zurzeit zusammen mit dem Bund verschiedene Varianten zur Lösung dieses Problems, und es ist noch nichts entschieden. Er empfiehlt allen Ratsmitgliedern, das Postulat ohne Abschreibung zu überweisen, denn der politische Druck wird zunehmen.

FDP: R. Moll dankt für diese Antwort und zieht seinen Antrag zurück.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 44

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 23.6.2009:

Postulat SP/Grüne: Ortsbus für Binningen

Eintreten:

SP: A. Braun erklärt, dass das vorliegende Postulat eine Idee aufgreift, die bereits in der Strategie zur räumlichen Entwicklung und im Legislaturprogramm des Gemeinderats zur Prüfung aufgenommen wurde. Es soll diesen Vorschlag beschleunigen und konkretisieren. Ein paar Quartiere in Binningen, nämlich diejenigen auf dem Bruderholz, haben überhaupt keinen Anschluss zum öffentlichen Verkehr. Alle Strassenzüge und Siedlungsgebiete auf der Höhe des Friedhofs und darüber sind nicht erschlossen. Für Personen mit Kinderwagen oder Einkaufstaschen sowie für ältere und gehbehinderte Menschen ohne Auto sind diese 50 oder mehr Höhenmeter deutlich spürbar. Auch zum Friedhof selber, der häufig von älteren Leuten besucht wird, fehlt ein Bus. Gerade bei Bestattungen wäre ein solcher von Vorteil. Keinen direkten Busanschluss in einer Entfernung von ca. fünf Gehminuten haben auch Teile des Neusatzquartiers. Das Postulat wünscht, dass einen Ortsbus allein für Binningen oder im Verbund mit anderen Gemeinden geprüft wird. Das Beispiel von Bottmingen/Oberwil zeigt deutlich, dass ein Ortsbus mit einer geschickten Linienführung auf eine grosse Akzeptanz stösst. Diese Ortsbuslinie 59 ist sehr erfolgreich und befördert gemäss Auskunft der Gemeinde Bottmingen etwa dreimal so viele Passagiere wie erwartet. Er fährt im 30 Minutentakt bis um 20.00 Uhr. Es handelt sich um einen Kleinbus für maximal 28 Personen, der sehr wendig und lärmarm ist. Ein solcher Bus ist natürlich nicht gratis, aber die Kosten wären tragbar. Für Bottmingen sind es weniger als CHF 100'000.—. Die BLT könnte sich eine Verlängerung des Ortsbusses von Bottmingen nach Binningen, eventuell via Bruderholzspital, gut vorstellen. Ein Ziel hat das Postulat bereits erreicht, denn der Gemeinderat gab kürzlich den Planungsauftrag zur Konzeption einer neuen Ortsbuslinie. A. Braun bittet seine Kolleginnen und Kollegen, dieses Postulat zu unterstützen.

FDP: S. Kaiser zitiert den Satz aus dem Legislaturprogramm des Gemeinderats 2008 bis 2012: „Eine Buslinie Ost-West mit regionaler Verknüpfung wird geprüft.“ Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass mit diesem Satz bereits ein grosser Teil des Postulatsanliegens „erschlagen“ ist. Es hat sie etwas überrascht, dass bereits ein Planungsauftrag ausgelöst wurde. Ihrer Meinung nach hätte zuerst eine Kosten-Nutzenanalyse erstellt werden sollen, bevor die Planung einer fixen Strecke oder Linienführung ins Auge gefasst wird, denn ein Bedarf ist bekanntlich immer vorhanden und kann auch abgeleitet werden. Die FDP-Fraktion beantragt eine Nichtüberweisung dieses Postulats, nicht weil sie völlig dagegen ist, sondern weil sie nicht mit allen im Postulat enthaltenen Punkten einverstanden ist, sowie auch nicht mit den soeben gemachten Ausführungen der SP. Sie möchte zuerst die vom Gemeinderat in Auftrag gegebene Analyse abwarten und sehen, was sie bringt und welche Vorschläge gemacht werden. Ferner ist ihrer Meinung nach das Bruderholzspital wie auch das Bruderholz selber bereits durch diverse Linien erschlossen, und zwar mit den Buslinien 37 oder 63 sowie der Tramlinien 15 oder 16. Wie dies bei einer Vorortsgemeinde normal ist, sind diese Linien zur Stadt hin ausgerichtet. Das Westplateau hat die Buslinie 61 zum Kronenplatz und anschliessend die Verbindung nach Bottmingen/Oberwil oder in die Stadt. Das Neubadquartier wird mit dem 36er-Bus und 8er-Tram in Richtung Basel bedient, und das Leimental mit dem 10er- oder 17er-Tram. Zudem bezweifelt die FDP, dass die Binninger Bevölkerung, welche nun in ruhigen Tempo 30-Zonen wohnt und die angenehme Wohnsituation geniesst, mit Bussen belastet werden wollen, die durch ihre Quartiere „donnern“.

SVP: F. Gerber teilt mit, dass sich die Meinung der SVP-Fraktion über einen Ortsbus mit derjenigen seines Vorredners quasi deckt. S. Kaiser hat die entsprechenden Fakten bereits genannt. Ihres Erachtens würde der flächendeckende Tempo 30-Langsamverkehr noch mehr behindert durch einen Ortsbus, der sozusagen an jeder Ecke hält und hinter dem sich die Autoschlange ins Endlose verlängert. Sie befürchtet auch, dass die ruhigen Wohnquartiere durch den geplanten Ortsbus unliebsamen Lärm erleiden. Ausserdem würde eine solche Ortsbuslinie erhebliche Kosten generieren. Als Pro-Argument spricht, dass dieser Ortsbus vor allem der älteren und gebrechlichen Binner Bevölkerung entgegen käme. Nun umso mehr, als dass der Gemeinderat den Friedhoftaxidienst wieder abgeschafft hat. Insgesamt überwiegen aber die Nachteile deutlich, weshalb die SVP-Fraktion gegen eine Überweisung dieses Postulats stimmt.

CVP: K. Amacker erklärt, dass die Mehrheit der CVP-Fraktion der Meinung ist, dass das ganze nicht ganz so „monströs“ wird, wie es von F. Gerber gerade geschildert wurde. Sie möchte darauf hinweisen, dass der Antrag als Postulat formuliert ist, was in dem Sinne „prüfen und berichten“ heisst. Aufgrund der vielen Auslegungen, die bereits vorgebracht wurden, wäre es ihrer Meinung nach doch lohnenswert, wenn eben diese Prüfung vorgenommen würde, damit ist ja noch nichts beschlossen und auch nichts eingeführt.

GLP: M. Hopf weist darauf hin, dass vorher erwähnt wurde, dass der Ortsbus im Legislaturprogramm enthalten und damit entsprechend ein grosser Teil des Postulats „erschlagen“ sei. Er bemerkt, dass ein Legislaturprogramm aber kein Postulat „erschlägt“, sondern damit höchstens offene Türen eingerannt werden. Ein Planungsauftrag wurde bekanntlich auch schon erteilt. Er führt weiter aus, dass die Meinungen in dieser Angelegenheit geteilt sind. Einerseits die allenfalls auftretenden Nachteile, welche bereits genannt wurden, z. B. die Lärmbelastung. Andererseits ist ein Ortsbus in unmittelbarer Nähe durchaus erwünscht, Kinder, ältere Leute etc. wurden bereits genannt. Seiner Meinung nach wäre es falsch, einen Ortsbus nicht zu prüfen. Wie K. Amacker erwähnte, handelt es sich ja „nur“ um ein Postulat, in dem Sinne um eine unverbindliche Angelegenheit. Was sich die Autoren eines Postulats jeweils vorstellen, ist deren Sache, was schlussendlich daraus gemacht wird, kann etwas ganz anderes sein. So gesehen plädiert er für eine Überweisung.

FDP: C. Fünfschilling ist der Meinung, dass es nicht einfach einerlei ist, ob das Postulat überwiesen wird oder nicht, wie dies die letzten beiden Voten darlegen, wenn man die Argumente der FDP- und der SVP-Fraktion in Betracht zieht. Sie persönlich ist nicht gegen die Prüfung eines Ortsbusses, jedoch in dem Sinne, wie es der Gemeinderat auch geschrieben hat, nämlich zur Schaffung einer Ost-Westverbindung. Eine solche besteht zurzeit noch nicht, und auf dem Ostplateau hat es tatsächlich Gebiete, die nur in Richtung Basel erschlossen sind. Sie würde sich aber als Bewohnerin Neusatzquartiers sicher dagegen wehren, dass ein Ortsbus durch ihr Quartier fährt. Sie wohnt auf der Westseite dieses Quartiers, und es ist ihr schleierhaft, wie jemand von dort aus gemäss A. Braun länger als fünf Minuten bis zur nächsten Haltestelle brauchen soll. Z.B. von der Haltestelle Hohle Gasse bei der Hauptpost in Binningen aus hat sie das 2er-Tram und den 34er-Bus, zwei Minuten weiter ist sie beim 10er-Tram. In Richtung Neubad hat sie den 36er-Bus und das 8er-Tram, ebenso ist der 61er-Bus in der Nähe. Auch wenn die SVP-Fraktion es etwas überspitzt formuliert hat, bestätigt sie, dass ein Ortsbus durchaus eine Lärmbelästigung bringt. Sie fragt sich, ob das im Neusatzquartier notwendig ist. Wird das Postulat nun nicht überwiesen, heisst das nicht, dass nichts gemacht wird. Wie gesagt, ist bereits ein Planungsauftrag erteilt, und sie ist der Meinung, dass in dieser Angelegenheit sehr bald etwas zu hören sein wird.

SP: T. Rehmann empfindet die jetzige Situation als „déjà vu“ Erlebnis. Sie erinnert sich an all die Diskussionen rund um das Ruftaxi oder die Buslinie 61, wo die gleiche Argumentation seitens der FDP und SVP kam. Sie findet dies erstaunlich, denn diese eingeführten Angebote sind sehr gut besucht. Sie fügt an, dass im Übrigen neuerdings der 61er-Bus neben ihrem Wohnhaus an der Langengasse vorbeifährt, so dass sie den Lärm nun auch etwas abschätzen kann. Obschon es sich um einen grösseren Bus handelt, ist der Lärm erträglich. Die grossen Lastwagen und Raser sind bedeutend lärmiger und stören sie viel mehr. Sie bittet die betreffenden Personen darum, einmal über den Schatten zu springen.

SP: A. Braun weist darauf hin, dass das Postulat offen formuliert ist. Es ist nicht so, dass eine Verbindung mit den Nachbargemeinden unbedingt angestrebt werden muss, sondern es ist auch möglich, nur für Binningen einen Ortsbus einzuführen. Es ist auch nicht zwingend, dass die Linie auf das Westplateau geführt wird. Wichtig wäre es jedoch dort, wo gar keine öffentlichen Verkehrsmittel vorhanden sind, sprich die Ostseite und der Friedhof. Seiner Meinung nach darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass ein Bus ca. 10 Privatautos ersetzen kann. Zudem missachten die Busfahrer die Tempo 30-Regelung sicher nicht dermassen, dass sie durch die Quartiere brausen werden.

Grüne/EVP: S. Eser informiert, dass sich die Grüne/EVP-Fraktion für einen Ortsbus ausspricht. Er wohnt am Neubadrain und musste vor kurzem mit seiner Tochter ins Bruderholzspital, was sich als sehr mühsam herausstellte. Betreffend Lärmbelästigung hält er einen Bus nicht für lauter als die Raser, die vor seiner Wohnung auf- und abfahren. Ausserdem ist er überzeugt, dass die Nachfrage für einen Ortsbus vorhanden ist. Deshalb appelliert er an alle, das Postulat zu überweisen.

SVP: U.-P. Moos fragt die SP-Fraktion, ob sie eine Möglichkeit sieht, den Postulattext entsprechend anzupassen, um den Bedenken der SVP entgegen zu kommen.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* bestätigt, dass dieses Thema bereits im Legislaturprogramm enthalten ist und daran gearbeitet wird. Seiner Meinung nach ist ein überwiesenes Postulat ein stärkeres Zeichen, eine Rückendeckung oder ein Auftrag, daran weiterzuarbeiten. Der Presse konnte entnommen werden, dass der Ortsbus Bottmingen/Oberwil ein grosses Erfolgsmodell ist. Alle die heute erwähnten Bedenken wurden auch in diesen Gemeinden genannt, wie z.B. die Lärmbelästigung. Es kommen keine grossen Busse, wie sie momentan auf der Langengasse verkehren, zum Einsatz, sondern es handelt sich um kleinere, leisere Busse. Im ersten Betriebsjahr des Ortsbusses Bottmingen/Oberwil konnten doppelt so viele Benutzer/-innen gezählt werden, als erwartet worden waren, was sicher als gutes Zeichen gewertet werden kann. Betreffend Planungsauftrag, so erklärt er *S. Kaiser*, dass später sicher auch eine Kosten-Nutzenanalyse erstellt werden wird, logischerweise muss auch zuerst abgeklärt werden, was es kostet und was es bringt. Doch vorher muss entschieden werden, welche Route dieser Ortsbus nehmen soll. Im Postulat sind Vorschläge enthalten, die sich zum grössten Teil mit den Ideen des Gemeinderats decken. Es wurde auch schon mit Basel-Stadt ein Gespräch geführt, ob es Sinn macht, auf dem Bruderholz die Traminien 15 und 16 weiterzuführen, oder noch eine Schlaufe zum Bruderholzspital anzuhängen. *C. Simon* erinnert daran, dass das Bruderholzspital in den Gemeindebann von Binningen gehört, es wäre also sehr schön, wenn ein Binner Bus oder ein anderes Verkehrsmittel das Bruderholzspital direkt von Binningen aus bedienen würde. Mit anderen Worten soll dieser Planungsauftrag zuerst bewirken, dass ein Konzept erarbeitet wird, das diese Aussagen macht. Erst später, wie gesagt, geht es um die Kosten und den Nutzen. Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit mit diesem Geschäft auf jeden Fall wieder an den Einwohnerrat gelangen.

Präsident M. Ziegler geht davon aus, dass die einzelnen Meinungen gebildet sind. *U.-P. Moos* hat zwar eine Frage gestellt, es steht jedoch schlussendlich im Ermessen des Postulanten, darauf einzugehen. Da sich niemand mehr zu Wort meldet, schreitet er zur Abstimmung.

Mit 17 Ja : 20 Nein wird beschlossen:

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 57

Interpellation SP: Stand und Zukunft der familienexternen Kinderbetreuung

Antwort des Gemeinderats: *N. Schwarz* erklärt, dass sich die Interpellation auf zwei Fachbereiche bezieht, entsprechend teilen sich *H. Ernst* und sie auch deren Beantwortung. Sie werden auf jede einzelne Frage eingehen:

1. *Wann kann mit dem Start des modularen Angebots gerechnet werden?*

N. Schwarz teilt mit, dass vorgesehen ist, im Sommer 2010 mit der modularen Tagesbetreuung an zwei Standorten, bei den Dorfschulhäusern und im Meiriacker, zu beginnen. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass das Referendum, welches gegen den Einwohnerratsbeschluss vom 27.10.2008 ergriffen wurde, vom Volk abgelehnt wird. Ansonsten kann es länger dauern oder der Gemeinderat müsste mit einer neuen Vorlage an den Einwohnerrat gelangen.

2. *Wie weit sind die Verhandlungen mit dem Schwingclub? Wann kommt das Referendum zur Abstimmung?*

Gegen die Einführung der modularen Nachmittagsbetreuung wurde das Referendum ergriffen. Dieses richtet sich nach Aussage des Referendumskomitees nicht gegen die Nachmittagsbetreuung, sondern gegen den Standort, an welchem geplant ist, einen Teil dieser Nachmittagsbetreuung unterzubringen, sprich den heutigen Schwingkeller im Pestalozzischulhaus. Die Referendumsabstimmung wurde auf den 29.11.2009 terminiert. Mit dem Ziel, eine einvernehmliche Lösung zu finden, wurden zusammen mit dem Schwingclub zwei Varianten geprüft. Bei der ersten handelt es sich um die Mitbenutzung des Schwingkellers in Oberwil, wobei die Gemeinde die Mietkosten übernimmt. Diese Handhabung wird auch bei anderen Sportvereinen angewandt. Die zweite Variante sieht einen Umbau in der Athletikhalle Spiegelfeld vor, damit ein alternatives Trainingslokal bereitgestellt werden kann. Dabei wurden auch diverse Untervarianten angeschaut. Der Stand der Verhandlungen ist nun an den Punkt gelangt, dass sich der Schwingclub grundsätzlich gegen die Mitbenutzung des Schwingkellers in Oberwil ausspricht. Sollte das Stimmvolk das Referendum jedoch ablehnen, würde der Schwingclub den Auszug aus dem heutigen Schwingkeller akzeptieren und den entsprechenden Um-/Ausbau der Athletikhalle befürworten. Voraussetzung für diese Rochade wäre allerdings, dass der Schwingclub das Lokal im Pestalozzischulhaus weiterhin für seine „Stubete“ nutzen könnte. Damit wäre der Gemeinderat einverstanden. Was der Gemeinderat jedoch nicht ganz in der Hand hat, betrifft die Übergabe der ganzen Spiegelfeldanlage an den Kanton. Die Athletikhalle gehört formell dazu. Die Sekundarschule hat aber auf diesen Raum keinen Anspruch angemeldet, weshalb N. Schwarz zuversichtlich ist, dass die Gemeinde bei einem allfälligen Ausbau der Athletikhalle immer noch die Möglichkeit hätte, diesen Raum vom Kanton u. a. für den Schwingclub zu mieten. Ausserdem hätte es dann immer noch genügend Platz für andere Sportvereine, die bereits in dieser Halle trainieren.

3. *Was geschieht mit den Kindern, die nach den Sommerferien nicht in das modulare System eintreten können, deren Eltern aber damit gerechnet haben?*

H. Ernst erklärt, dass die betroffenen Eltern Ende 2008 informiert worden waren, dass das geplante Angebot nach den Sommerferien 2009 aus den genannten Gründen nicht starten kann. Bis jetzt hat die Gemeinde lediglich die Pflicht, bei Bedarf Mittagstische anzubieten, die Nachmittagsbetreuung ist nach wie vor fakultativ, d.h. freiwillig. Der Gemeinderat bedauert es ausserordentlich, dass das Referendum ergriffen und damit die Einführung dieses neuen Angebots verzögert worden ist. Kinder, die bisher ein Betreuungsangebot der Stiftung Kinderbetreuung genutzt haben oder nutzen, können dies auch weiterhin tun. Dasselbe gilt für Kinder, die bis anhin eines der schulischen Mittagstischangebote genutzt haben. Für Kinder, die vom neuen Angebot hätten profitieren wollen, bietet die Gemeinde leider weder einen Ersatz noch eine Zwischenlösung an.

4. *Welches Angebot können nach der Einführung der modularen Nachmittagsbetreuung Eltern von heutigen und zukünftigen „Tagikindern“ in Anspruch nehmen, die auf eine Betreuung vor Schulbeginn und in den Schulferien angewiesen sind?*

N. Schwarz nimmt zu dieser Frage wie folgt Stellung: Bezüglich der Betreuung vor Schulbeginn hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat ursprünglich in seiner Vorlage über die Nachmittagsbetreuung die Einführung einer betreuten „Einlaufzeit“ jeweils vor 08.00 Uhr an jenen Schulstandorten, wo eine Nachmittagsbetreuung stattfinden soll, vorgeschlagen. Diese Einlaufzeit wurde vom Einwohnerrat aber damals abgelehnt, weshalb sie nun nicht mehr in diesem Programm enthalten ist. Die Gemeinde als Trägerin der Mittags- und Nachmittagsbetreuung kann daher diesbezüglich auch kein Angebot machen. Bekanntlich sind Eltern daran gewöhnt, sich

zu organisieren. In dem Sinn steht es allen Eltern natürlich frei, mit Personen aus der Nachbarschaft oder anderen Betreuungsinstitutionen, z.B. dem Tagesheim, Kontakt aufzunehmen, um für die Betreuungszeit vor der Schule eine Lösung zu finden. Betreffend Ferienangebote hat die Schule keinen gesetzlichen Auftrag und ist nicht für die schulfreie Zeit verantwortlich. In den Schulferien können Kinder, die im Tagi einen Betreuungsplatz haben, weiterhin von der Stiftung Kinderbetreuung betreut werden. Der Robi-Spielplatz hat auch zum Teil ein Ferienangebot, und es gibt natürlich auch eine Vielzahl von weiteren Ferienbetreuungsangeboten. Die Gemeinde hat diesbezüglich keinen Auftrag und unterstützt bisher lediglich das Finden geeigneter Angebote. Als Minimalvariante bietet sie auf ihrer Website eine Liste von Betreuungsangeboten während den Ferien an.

5. *Ist der Wechsel von einem Betreuungsort zum nächsten versicherungstechnisch wirklich ausschliesslich Sache der Eltern?*

Gemäss Auskunft des Rechtsdienstes der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft ist dies tatsächlich der Fall. Nicht zuletzt deshalb wird im Schulprogramm von Kindergarten- und Primarschule darauf hingewiesen, dass der Schulweg ausschliesslich in der Verantwortung der Eltern liegt. Ergänzend teilt N. Schwarz mit, dass der Primarschulrat genau aus diesem Grund mit Elterngruppen Kontakt aufnimmt, um punktuelle Verbesserungen auf dem Schulweg zu erwirken.

6. *Die Einführung der modularen Nachmittagsbetreuung bedeutet für Eltern, deren Kinder heute Angebote der Stiftung nutzen, einen eindeutigen Leistungsabbau. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um diesen Abbau auszugleichen?*

Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat ursprünglich die Einführung einer integralen Tageschule vorgeschlagen, welche dem heutigen Angebot der Stiftung Kinderbetreuung mit Ausnahme der Ferienbetreuung sehr nahe gekommen wäre. Die vom Einwohnerrat beschlossene Tagesbetreuungsvariante bedeutet in der Tat für diejenigen Eltern, die ihre Kinder im Schulalter bisher durch die Stiftung betreuen liessen, einen Leistungsabbau. Der Gemeinderat kann diesen Leistungsabbau im Moment nicht kompensieren, weil er nicht „am Ball“ ist. Der Einwohnerrat hat sich für die modulare Nachmittagsbetreuung entschieden, weshalb der Gemeinderat kein neues Angebot erbringen kann und darf. Gleichzeitig kann festgehalten werden, dass durch die Übernahme der Tagesbetreuung für Schulkinder durch die Schule mittels Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung, wenn sie einmal eingeführt ist, bei der Stiftung Kinderbetreuung freie Kapazitäten geschaffen werden, indem Kinder, die früher von der Stiftung betreut wurden, dies durch die Schule werden. Darüber hat der Einwohnerrat ja auch vor einem Jahr abgestimmt. Zudem kann ein solches modulare Angebot, welches an bisher zwei Standorten geplant ist, sich aber auch auf weitere Standorte ausdehnen könnte, auf die Dauer eine grössere Betreuungskapazität anbieten. Zudem ist es auch niederschwelliger, weil es keine Anmeldung mehr braucht, als quasi ein Mittagessen oder ein Nachmittag. An dieser Stelle kann N. Schwarz informieren, dass sich das Mittagstischangebot einer grossen Beliebtheit erfreut. Es ist eine zehnprozentige Zunahme zu verzeichnen und an allen bisherigen Standorten kann an jedem Tag ein Mittagstisch realisiert werden, weil die Nachfrage genug gross ist. Bei diesem auserschulischen Betreuungsangebot in der Nähe der Schule handelt es sich demnach also um kein „Auslaufmodell“.

H. Ernst hält ergänzend fest, dass Einiges am Tun ist und noch verschiedene Aktivitäten folgen werden. Viele Verhandlungspartner sind am Arbeiten, und es ist noch nicht bekannt, wie es weiter geht. Dies bedeutet für die Eltern eine grosse Unsicherheit. Die Stiftung Kinderbetreuung hat aber klar erklärt, dass sie im Auftrag der Gemeinde arbeitet und im Rahmen ihres Leistungsauftrags sicher alles daran setzen wird, dass keine Härtefälle für Kinder entstehen, die jetzt betreut werden. Kurz gesagt, es werden keine Kinder von der Stiftung Kinderbetreuung auf die Strasse gestellt.

SP: V. Dubi (Interpellantin) dankt dem Gemeinderat für diese ausführliche Beantwortung. Sie hätte es allerdings begrüsst, diese Antworten bereits vorher schriftlich zu erhalten. Obschon alle Fragen beantwortet wurden, ist sie gar nicht einverstanden damit, was bei dieser Sache für die Kinder und für die Eltern, welche auf eine Kinderbetreuung angewiesen sind, nun herauskommt. Sie hält es für

bedauerlich, dass der Schwingclub beinahe wichtiger als diese Kinder ist und durch dieses Referendum nun eine Verzögerung entsteht. V. Dubi nimmt zu den einzelnen Antworten wie folgt Stellung: Dass Kinder nun weiter durch die Stiftung Kinderbetreuung betreut werden, findet sie gut. Sie hält das ganze aber für eine „Flickwerkpolitik“, weil nicht in die Zukunft geplant wurde, sondern es sich um eine Feuerwehrrübung handelt. Es bedeutet auch, dass das Tagi nicht mehr Kinder aufnehmen kann, obschon davon ausgegangen wurde, dass dort freie Plätze entstehen, nachdem die Kindergarten- und Schulkinder neu von der Schule betreut werden. Dies ist definitiv nicht der Fall, sondern alles bleibt wie gehabt. Zu der Antwort auf die Frage, welches Angebot Eltern von jetzigen Tagikindern nach der Einführung der modularen Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen können, meint V. Dubi, dass diese Kinder nun schlicht und einfach „im Kalten“ stehen gelassen werden. Dies war aber - zumindest von den linksgerichteten Ratsmitgliedern - klar gefordert worden, als es darum ging, dass überhaupt eine Tagesschule, d.h. vielmehr eine Tagesbetreuung, denn von Tageschule kann nicht mehr gesprochen werden, eingeführt wird. Zu guter letzt ist dies ihrer Meinung nach eine Nachmittagsbetreuung für Eltern, die sehr marginal Teilzeit arbeiten, und nicht für Eltern, die auf einen Ganztagesjob angewiesen sind. Sie ist nicht ganz davon überzeugt, dass der Wechsel von einem Betreuungsort zum andern versicherungstechnisch ausschliesslich Sache der Eltern ist. Denn auch Schulkinder werden nicht einfach von einem Ort zum andern gelassen, ohne dass sie von einer Lehrperson begleitet werden. Dies wäre zudem ein Angebot der Schule, und nicht von einer Drittperson oder -stelle. Sie ist auch der Meinung, dass der Gemeinderat zurzeit nichts unternehmen kann, denn letztendlich ist der Einwohnerrat zu einem grossen Teil Schuld an dieser Misere, aber sie hat das Gefühl, dass die Schule und die Stiftung Kinderbetreuung momentan nicht „am gleichen Strick ziehen“, sondern häufig gegeneinander arbeiten, was V. Dubi sehr missfällt. Abschliessend erklärt sie, dass sie mit dem Umfang der Antwort des Gemeinderats befriedigt ist, jedoch nicht mit dem Inhalt.

://: Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Traktandum 11

Diverses

Anfrage SVP: Unhaltbare Zustände an der Bruderholz- /Margarethenstrasse

Antwort des Gemeinderats: C. Simon hält einleitend fest, dass das Gebiet Bruderholzstrasse/Bruderholzrain/Margarethenstrasse im damaligen Einwohnerratskredit betreffend Tempo 30 enthalten war. Für die Umsetzung ist nun die operative Stelle, d.h. der Gemeinderat und die Verwaltung zuständig. Der Kanton verlangt bei der Einrichtung einer Tempo 30-Zone ein Gutachten. Es hat sich gezeigt, dass gerade auf den Strassen des Bruderholzgebiets relativ schnell gefahren wird. Aus diesem Grund müssen Massnahmen getroffen werden, um die Geschwindigkeit zu drosseln. Dem Kanton wurden entsprechende Pläne vorgelegt, die bewilligt wurden. In der Folge ist es das übliche Vorgehen bzw. Standardvorgehen, dass Parkfelder, welche auf den Durchgangsverkehr bremsend einwirken, vormarkiert werden. Diese vormarkierten Parkplätze haben keine Rechtskraft, sondern sollen lediglich zeigen, wo ein Parkplatz geplant ist. Auf diese Weise können sich die Anwohner/-innen entsprechend informieren und austesten, ob sie z.B. noch mit ihrem Auto in die eigene Garage kommen. Genau aus diesem Grund gab es relativ viele Anfragen oder Beschwerden auf der Verwaltung. Zu den einzelnen Fragen:

1. Wann (Datum) wurden diese Parkfelder provisorisch eingezeichnet?
2. Wann gedenken der Gemeinderat und die Bauverwaltung diese provisorischen Markierungen zu entfernen resp. die Parkfelder definitiv zu markieren, um den oben geschilderten unhaltbaren Zustand zu beenden?

Diese Parkfelder wurden am 28.4.2009 vormarkiert. Aufgrund der Vielzahl von Reklamationen und Diskussionen mit der Anwohnerschaft konnte bis jetzt keine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Als festgestellt wurde, dass diese vormarkierten Parkfelder irrtümlicherweise bereits als eigentliche Parkplätze benutzt werden, wurden sie am 19.8.2009, d.h. vor Einreichung dieser Anfrage, aufgehoben bzw. schwarz übermalt. Die Fachgruppe Verkehr ist nun zusammen mit dem Gemeinderat daran, eine definitive Lösung zu finden.

3. *Am Mittwoch, den 19.8.2009, wurden im Abschnitt Margarethenstrasse festgestellt, dass bei drei parkierten Personenwagen (zwei Autos innerhalb der provisorischen Markierung, ein Fahrzeug bezeichnenderweise sogar ausserhalb dieser) je mindestens ein Pneu platt war. Zudem wurde festgestellt, dass die provisorischen Markierungen entfernt resp. schwarz übersprayt wurden. Hat die Bauverwaltung nun doch die provisorischen Markierungen entfernt oder wurden diese Arbeiten durch eine unberechtigte Drittperson ausgeführt?*

Diese Frage wurde vorstehend bereits beantwortet.

4. *Unabhängig von der obigen Antwort bestehen somit keine provisorischen Markierungen mehr. Wann wird die Gemeindepolizei aktiv und bösst diejenigen Fahrzeuglenker, die ausserhalb der bestehenden Parkfelder parkieren?*

Üblicherweise wird nach dem Aufstellen einer neuen Verkehrssignalisation 48 Stunden gewartet, bevor Bussen verteilt werden. Somit kann ab dieser Woche sicher gebösst werden, wobei schon vorher ein Halte- und Parkverbot ausgeschildert war, weshalb diese Autos widerrechtlich standen. Wie oft damals gebösst wurde, weiss C. Simon nicht.

5. *Weshalb soll der im Abschnitt Margarethenstrasse vorhandene und rege frequentierte Fussgängerstreifen entfernt werden?*

Die Vorschrift des Kantons besagt, dass in einem Gebiet, wo eine Tempo 30-Zone eingeführt wurde, bestehende Fussgängerstreifen aufgehoben werden müssen. Eine Ausnahme wird bei einem Schulweg gemacht. Die Gemeinde möchte den Fussgängerstreifen jedoch behalten und steht nun deshalb in Verhandlungen mit dem Kanton, ob dies möglich ist.

6. *Weshalb sollen mit dem Bau eines überfahrbaren Minikreisels an der Kreuzung Margarethen-/Bruderholzstrasse Steuergelder verschleudert werden, statt die bestehende Minirabatte zu belassen und wie von den Anwohnern gefordert, wieder mit einem Spiegel zu bestücken?*

Bei der Planung vor einem Jahr ging man davon aus, die bauliche Umsetzung zusammen mit den IWB und der EBM auszuführen, die ihrerseits in nächster Zeit Leitungsrevisionen vornehmen und dafür Gräben erstellen müssen. Laut C. Simon ist dies immer ein guter Zeitpunkt, auf der Oberfläche eine neue Gestaltung vorzunehmen. Da die Anwohnerschaft nun aber stark in die Diskussionen eingegriffen hat, ist der Gemeinderat nicht mehr sicher, ob ein Minikreisell gebaut werden soll. Es könnten allenfalls als Variante die Strassenränder nach vorne gezogen werden. Dies ist alles noch nicht entschieden, es wird zuerst in der Fachgruppe und anschliessend im Gemeinderat darüber beraten. Richtige bauliche Veränderungen werden aber erst zu dem Zeitpunkt vorgenommen, wenn die IWB und EBM ihre Gräben ausgehoben haben.

Präsident M. Ziegler macht darauf aufmerksam, dass im Anschluss an die Beantwortung einer Anfrage keine Diskussion vorgesehen ist. Deshalb fährt er mit dem Traktandum Diverses weiter. C. Simon und A. Schuler haben vor sowie U.-P. Moos während der Sitzung eine Mitteilung angekündigt. In diesem Zusammenhang informiert M. Ziegler, dass er kürzlich mit C. Simon über die Abläufe im Einwohnerrat diskutiert hat. Bekanntlich ist es für alle immer etwas schwierig, zwischen Informationen, Mitteilungen und politischen Stellungnahmen im jeweilig zuständigen Bereich zu unterscheiden. Es ist ihm deshalb ein Anliegen, hier öffentlich mitzuteilen, dass er mit C. Simon vereinbart hat, dass der Gemeinderat seine Informationen auch wirklich als Mitteilungen gestalten wird. Sollte es sich um eine Information mit politischem Gehalt handeln, unterbreitet er sie dem Einwohnerrat künftig als Traktandum. Dasselbe gilt für die Einwohnerräte. Es sollen unter Diverses keine Diskussionen zu einem nicht traktandierten Geschäft geführt werden. Da die Gemeinderäte in Binningen bekanntlich jeweils das letzte Wort haben und der Gemeindepräsident das allerletzte, gibt er das Wort zunächst U.-P. Moos.

SVP: U.-P. Moos spricht zwei Punkte an. Beim ersten handelt es sich um eine persönliche Empfindung im Zusammenhang mit der Nachmittagsbetreuung. Seiner Meinung nach wird dort das Referendumsrecht strapaziert. Bei Ergreifung eines Referendums sollte dieses zügig dem Volk vorgelegt und diese Volksabstimmung nicht künstlich verzögert werden. Der zweite Punkt betrifft das Wahlbüro. P. Buess hatte während der Einwohnerratssitzung vom 23.3.2009 die Frage der Amtsgeheimnisverletzung aufgeworfen und darum gebeten, dass dieser Sache nachgegangen wird. U.-P. Moos hält diese Frage für sehr legitim. In der Folge darauf hat der Gemeindepräsident diese Vorwürfe weitgehend auf seine Person (U.-P. Moos) gemünzt und in den Medien eine Untersuchung angekündigt. U.-P. Moos hält es nun für angebracht und fair, über das Resultat dieser Untersuchung zu informieren, auch insofern, als dass offensichtlich ist, dass er zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Art und Weise eine Amtsgeheimnisverletzung begangen hat. Er hatte via Gemeindeverwalter dem Gemeindepräsidenten auch einen Termin gesetzt, diese Frage zu klären. Wenn in Zukunft ein solcher Termin ungenutzt verstreicht, wird er zu anderen Mitteln greifen.

Gemeinderätin A. Schuler macht auf eine Karte mit Text über den Allschwiler Wald aufmerksam, die heute an alle Ratmitglieder verteilt wurde. Die Bürgergemeinden sowie die Gemeinden Allschwil und Binningen konnten diese Karte dank eines namhaften Sponsors herausgeben. Der Plan basiert auf dem „Erholungskonzept im Allschwiler Wald“, welches die genannten Gemeinden im 2006/ 2007 entwickelt haben. Es zeigt auf und gibt Auskunft darüber, wie der Allschwiler Wald, der bekanntlich sehr unterschiedliche Nutzungen hat, dies alles erträgt und wie die verschiedenen Bedürfnisse nebeneinander vorbeigehen können. Der Plan kann auch auf der Verwaltung bezogen werden, und es wird demnächst noch eine entsprechende Medienmitteilung erscheinen. Er wird auch an alle Binninger Lehrpersonen abgegeben, mit dem Hinweis, dass auch noch mehr Exemplare für den Unterricht bezogen werden können. Zuletzt wünscht A. Schuler allen viele vergnügliche Stunden im Wald mit diesem neuen Plan.

Gemeindepräsident C. Simon weist darauf hin, dass am Mittwoch, 26.8.2009, ab 19.00 Uhr, im Kronenmattsaal das Metrobasel Leimental Forum stattfinden wird. Seit anfangs Jahr sind die Leimentaler Gemeinden dem Metrobasel beigetreten, und es ist das erste Mal, dass ein solches Forum im Leimental durchgeführt wird. Es werden alle Leimentaler Gemeinden anwesend sein, und er verspricht sich eine interessante und anregende Diskussion. Er lädt den Einwohnerrat herzlich dazu ein und hofft, dass viele kommen werden.

Präsident M. Ziegler dankt allen Ratsmitgliedern für die anregenden Diskussionen und fürs Mitmachen und wünscht noch einen schönen Abend.